

EINE NEUE ZEIT BRAUCHT  
EINE NEUE POLITIK.

SPD



AUF DEN  
PUNKT

# AUF DEN PUNKT

## SPD-Stadtinfo März 2019

**Für ein lebenswertes Waldbröl, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder noch gerne hier leben wollen.**

**Kommunalpolitik ist spannend und betrifft uns alle direkt.**

**Hier kann man noch etwas bewegen!**

**Macht mit bei der SPD in Waldbröl!**

**Wir freuen uns auf Euch!**

**THEMEN +++ DEBATTEN +++ DIALOG**

# Mehrheit im Schulausschuss stimmt leider gegen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

von Bernd Kronenberg

**Die Ablehnung eines Kindes an einer Ganztagschule und die daraus entstehende Halbtagsbetreuung bringt Familien, insbesondere Alleinerziehende, in Existenznot. Die SPD-Waldbröl will jedoch allen Eltern auch an den Waldbröler Schulen die Ganztagsbetreuung ihrer Kinder ermöglichen. Denn soziale Verantwortung bedeutet, die Nöte der Menschen ernst nehmen und in politischer Verantwortung gerecht handeln.**



In der letzten Sitzung des Waldbröler Schulausschuss wurde der Antrag der SPD-Waldbröl ablehnt, zumindest für das nun kommende Schuljahr eine fünfte Eingangsklasse zu bilden. Hintergrund ist, dass durch den Zuspruch von Schülern mit Förderbedarf der Anteil an regulären Schülern deutlich reduziert werden muss. Die SPD-Waldbröl wollte durch den Antrag wenigstens erreichen, dass die bisherigen Schülerzahlen im Ganztagsunterricht der Gesamtschule Waldbröl stabil gehalten werden können.

In den letzten Jahren konnten pro Schuljahr 120 Regelschülerinnen und -schüler aufgenommen werden. Da die Gesamtschule nun Schwerpunktschule für Inklusion geworden ist, reduziert sich die Anzahl auf 99 Regelschulplätze. Hinzu kommen 9 Schülerinnen und Schülern mit individuellem Förderbedarf.

Ungeachtet der weiterhin hohen Anmeldezahlen an der Gesamtschule (141 Anmeldungen) möchte die Ausschussmehrheit die Schülerzahl an der Gesamtschule Waldbröl deutlich reduzieren. Alleinerziehende, aber auch Familien werden mit ihren familiären Herausforderungen allein gelassen. Es wird hingenommen, dass wieder 42 Kinder

keinen Platz an der Gesamtschule Waldbröl erhalten und damit auch das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ad absurdum geführt.

Die SPD Waldbröl hat sich zum Ziel gesetzt, die Schülerzahlen auch der Gesamtschule Waldbröl stabil zu halten. Neben einem breit gefächerten, qualitativ hochwertigen Bildungsangebot an allen Schulen in Trägerschaft der Stadt muss auch Sorge dafür getragen werden, dass der Bedarf der Eltern berücksichtigt wird. Die Stadt Waldbröl hat die Verpflichtung, ausreichend Platz in den verschiedenen Schulformen zur Verfügung zu stellen.

Eltern haben in den Kindertagesstätten und in den Grundschulen die Möglichkeit, ihre Kinder ganztags betreuen zu lassen. Ab der Klasse 5 muss das auch möglich sein! Es darf nicht sein, dass immer mehr Familien und Alleinerziehenden diese Möglichkeit verwehrt bleibt.

Die Antwort der CDU darauf war der Hinweis, dass diese Kinder ja dann in Nümbrecht zur Schule gehen können.

Die SPD-Waldbröl wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Schulangebot in Waldbröl am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet und in Zukunft der Bedarf an Ganztagsbetreuung an den weiterführenden Schulen gedeckt wird.

# Zum Haushalt der Stadt Waldbröl

von Erwin Zeller und Bernd Kronenberg



**Die intensiven Bemühungen der SPD-Fraktion im Rat unserer Stadt waren erfolgreich. Die Stadt Waldbröl verfügt erstmals über einen ausgeglichenen Haushalt und verlässt das Haushaltssicherungskonzept. Der intensive Streit über die Entwicklung des Haushaltes der Stadt Waldbröl im ersten Halbjahr 2018 hat sich gelohnt. Wir haben eine stabile Steuersituation für die privaten Haushalte und für unsere Unternehmen für die nächsten Jahre erreicht.**



**ten Jahre erreicht.**

Im Haushalt 2016 hatte der Rat noch auf Vorschlag des Bürgermeisters die Grundsteuer B deutlich und die Gewerbesteuer extrem erhöht. Die Gewerbesteuer sollte dem gefassten Beschluss zufolge auf bis zu 695%-Punkte steigen.

Das veranlasste die SPD-Fraktion, den folgenden Haushaltsplanentwurf für 2017 ff. gezielt auf mögliche Steuererleichterungen zu überprüfen sowie die Grundzüge der Haushaltsplanung des Bürgermeisters intensiv zu hinterfragen.

Die extremen Hebesatzsteigerungen bei der Gewerbesteuer hätten die Konkurrenzfähigkeit unserer Waldbröler Unternehmen drastisch gefährdet. Es hätte die Gefahr bestanden, dass hier ansässige Firmen abgewandert wären und neue Firmen sich in Zukunft in Waldbröl nicht mehr niedergelassen hätten. Das hätte auch dazu geführt, dass das 30 ha große, neue Industriegebiet nicht besiedelt worden wäre und sich zu einem „Millionengrab“ entwickelt hätte, das wir alle hätten wieder bezahlen müssen.

Wir stellten bei der Analyse des uns vom Bürgermeister vorgelegten Haushaltsplanentwurfs für 2017 ff. fest, dass die aktuelle Entwicklung unserer Finanzen positiver war als in 2016 erwartet. Deshalb beantragten wir, sowohl die

Grundsteuer B für 2017 bei 590 %-Punkten, als auch die Gewerbesteuer bei 550 %-Punkten zu belassen. Dem stimmten Rat und Bürgermeister zu. Und unsere Steuern blieben auf unsere Initiative hin in 2017 konstant. Wir hatten aus unserer Verantwortung heraus zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger gehandelt.

Die Wende zum Negativen kam dann sehr spät, aber sie kam. Erst Mitte Oktober 2017 erteilte uns der Landrat des Oberbergischen Kreis die Haushaltsgenehmigung für das laufende Jahr, forderte aber gleichzeitig von uns, die in 2016 beschlossenen, hohen Steuersätze wieder im Haushalt 2018 einzusetzen und die in 2017 entstandenen Einnahmeausfälle on top draufzusatteln.

Wir lehnten diese Forderungen ab und forderten einen Sachdialog ein, der zu einem der Situation angemessenen Ergebnis führen sollte.

Leider kam ein konstruktiver Dialog zwischen den Beteiligten nicht zustande, weil der Landrat in der Sache inhaltliche Gespräche mit der Politik kategorisch ablehnte und der Bürgermeister den Landrat unterstützte.

Wir wurden massiv unter Druck gesetzt. Der Landrat drohte an, bei Nichterfüllen seiner Auflagen würde die Stadt Waldbröl wieder in die vorläufige Haushaltsführung zurückfallen, keine weiteren Maßnahmen im Entwicklungskonzept mehr durchführen dürfen und die bereits erhaltenen Fördermittel zurückzahlen müssen. Deshalb entschied der Rat letztlich, die durch die Auflagen des Landrates erforderlich werdenden Steuererhöhungen doch zu beschließen, um Schaden von der Stadt Waldbröl abzuhalten.

Wir hätten uns von einem Landrat, der durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt worden ist und vom Geld der Kommunen lebt, eine andere, konstruktivere Art der Zusammenarbeit gewünscht.

Die positive Finanzentwicklung unserer Stadt hält nach wie vor an und gibt unseren Bemühungen um einen gerechten Haushalt recht. Erstmals profitiert die Stadt Waldbröl von der anhaltend positiven wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. Mit dem beschlossenen Nachtragshaushalt für das Jahr 2018 weist die Stadt Waldbröl

erstmal seit Jahrzehnten einen ausgeglichenen Haushalt aus.

Dies liegt daran, dass die Verwaltung unsere Positionen zu erheblichen Teilen in Bezug auf die Haushaltsplanung übernommen hat, es mehr Geld von Bund und Land gibt und wesentliche Kostenblöcke weggefallen sind.

Wir haben nun eine stabile Steuersituation bis 2021, die bei der Grundsteuer A 320 %, bei der Grundsteuer B 765 % und bei der Gewerbesteuer 575 % bis einschließlich 2021 ausweist.

Die SPD Waldbröl wird den Haushaltsvollzug für das Jahr 2019 und die kommenden Jahre kritisch begleiten. Hierzu gehört aus unserer Sicht auch, dass der Bürgermeister in regelmäßigen Abständen innerhalb des Haushaltsjahres über die aktuelle finanzielle Situation der Stadt Waldbröl berichtet.

Wir werden uns auch in den nächsten Jahren intensiv für eine bürgerfreundliche Besteuerung einsetzen und dafür eintreten, dass die Steuerlast möglichst niedrig bleibt und je nach Entwicklung unserer Finanzen in Zukunft wieder gesenkt wird.

Das Leben in Waldbröl muss in allen Bereichen attraktiver werden. Deshalb muss sich auch die finanzielle Belastung der privaten Haushalte und der Unternehmen in einem vertretbaren Rahmen bewegen.

## Anliegerbeiträge nach dem Kommunal-Abgabengesetz (KAG) und Erschließungsbeiträge nach Bau-Gesetzbuch



von Bernd Kronenberg

Die Instandhaltung der Straßen ist aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren und kann nicht auf einzelne Anlieger abgewälzt werden! Eine solidarische Finanzierung aus Steuermitteln verhindert, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger durch die Heranziehung zu Anliegerbeiträgen finanziell ruiniert werden. Eine Kommune kann nicht auf Kosten der Anlieger ihr Straßennetz sanieren.

### Faktencheck:

**Was sind KAG-Beiträge und wann werden Straßen nach dem Bau-Gesetzbuch abgerechnet?**

KAG-Beiträge werden von Anliegern bei einer „nachmaligen Herstellung“ einer Straße erhoben, obwohl diese Straße bereits früher einmal „erstmalig hergestellt“ wurde und Anliegerbeiträge dabei schon gezahlt wurden. In Waldbröl müssen die Anlieger dann nochmals 80 % der Straßenbaukosten zahlen.

Um diese ungerechte Behandlung der Anlieger zu beenden, haben wir als SPD-Fraktion eine Resolution an die Landesregierung in den Rat der



Stadt eingebracht, in der diese aufgefordert wird, die Beitragspflicht für Anlieger nach dem Kommunalabgabengesetz per Gesetz zu beenden. In Bayern und Baden-Württemberg werden bereits keine KAG-Beiträge mehr erhoben. Und wir erwarten von der schwarz-gelben Landesregierung, dass sie uns Bürgerinnen und Bürger in NRW gleichbehandelt.

### **Anliegerbeiträge nach dem Bau-Gesetzbuch (BauGB) werden fällig, wenn eine Straße „erstmalig ausgebaut“ wird, obwohl sie bereits vorhanden ist und befahren wird.**

Anliegerbeiträge nach BauGB müssen heute gezahlt werden, wenn eine Straße offiziell „erstmalig hergestellt“ wird. Das betrifft in der Regel die vielen Anliegerstraßen in unseren Baugebieten. Tatsache ist dabei aber auch, dass diese Straßen oftmals schon seit vielen Jahren bestehen und befahren werden. Diese befahrbaren Straßen waren meistens auch eine der Voraussetzungen, überhaupt dort ein Haus bauen zu dürfen.

### **Wann kann man sich gegen eine Veranlagung zu den Anliegerbeiträgen nach Bau-Gesetzbuch wehren?**

1. Wenn Straßen bereits vor dem Stichtag 29.06.1961 vorhanden und für den öffentlichen Straßenverkehr zur Verfügung gestellt wurden, gelten sie als „historische Straßen“. Kommunen dürfen die Anlieger dann bei „erstmaliger Herstellung“ nicht durch die Erhebung von Anliegerbeiträgen an der Finanzierung der Baumaßnahme beteiligen.
2. Das Oberverwaltungsgericht Münster (Aktenzeichen 15 A 1812/16) hat entschieden: Kommunen dürfen Anlieger bei der „erstmaligen Herstellung“ einer Straße nicht zu Anliegerbeiträgen heranziehen, wenn sie bereits seit 30 Jahren dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt wurde.

### **Warum will die SPD diese Beiträge abschaffen?**

Durch die Abschaffung dieser Beiträge würden viele tausend Bürgerinnen und Bürger in unserem Land entlastet. Wir halten die Erhebung der Straßenbaubeiträge für äußerst ungerecht, da sie nur wenige Menschen betreffen. Die müssen für das öffentliche Straßennetz oftmals sehr hohe Beträge aufwenden, die grundsätzlich der Allgemeinheit zugutekommen.

### **Wer ist besonders betroffen?**

Bei Straßenbaumaßnahmen fallen hohe Beiträge an. Die Straßenbaubeiträge sind sowohl für Familien, die ihr Haus noch abzahlen müssen wie auch für Rentner, die für ihr Haus ein Leben lang gezahlt haben, oftmals nicht finanzierbar. Jüngere Grundstückseigentümer haben vorhandenes Kapital in den Erwerb der Grundstücke gegeben - hinzu kommen meist noch recht hohe Schulden. Zusätzliche Straßenbaubeiträge könnten hier zu einer finanziellen Notlage führen. Ältere Menschen haben oftmals Schwierigkeiten, im Alter noch einen entsprechenden Kredit bei den Kreditinstituten zu erhalten, wodurch diesem Personenkreis dann oftmals keine andere Wahl bleibt, als das Haus zu verkaufen.

### **Wer soll stattdessen zahlen?**

Der Ausbau und die Unterhaltung des Straßennetzes muss staatliche Aufgabe sein und jede Kommune kann daher im Rahmen ihrer Finanzkraft nur die Straßen nach einer Prioritätenliste bauen und unterhalten, die im Haushalt eingeplant sind. Das gilt seit vielen Jahren für alle überregionalen Straßen, für die wir Bundes- oder Landesmittel erhalten. Das gleiche Prinzip muss in Zukunft auch für unsere Gemeindestraßen gelten. Durch das Land sind entsprechende finanziellen Mittel bereit zu stellen, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, das Straßennetz in einem befriedigenden und verkehrssicheren Zustand zu halten.

**Für diese Forderungen wird die SPD auf dem Markt noch bis Ende März donnerstags Unterschriften sammeln.**



# Zur Entwicklung der Stadt Waldbröl



von Anne Pampus

Die Stadt Waldbröl ist gekennzeichnet von diversen Baustellen im gesamten Stadtgebiet. Besonders im Bereich Straßenbau sind die Auswirkungen des IEHK für die

Stadt Waldbröl erkennbar. Leider hat es der Bürgermeister bisher verpasst, weitere strukturelle Verbesserungen in Waldbröl anzustoßen.

Lediglich das Schwimmbad an der Vennstrasse ragt in der Maßnahmenliste als positives Beispiel hervor. Dies ist allerdings der Verdienst vieler engagierter Waldbröler Bürgerinnen und Bürger, die dem Bürgermeister nicht folgen wollten. Die SPD-Waldbröl hat sich wiederholt und entschieden gegen die beabsichtigte Schließung des Schwimmbades eingesetzt. Bei der Vorstellung des Entwurfes für den Haushalt 2016 wurden dennoch die Kosten für der Abriss des Schwimmbades durch den Bürgermeister kommuniziert.

Eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Stadt Waldbröl muss nun auch über das IEHK (Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept) hinaus stattfinden.

Für die Zukunft fordert die SPD eine echte Bürgerbeteiligung in allen Planungsschritten, angefangen bei einem städtebaulichen Konzept.

Alle Ansätze zu einer der Zukunft zugerichteten Schullandschaft, einer positiven Entwicklung des Gewerbestandorts oder Planungen zur weiteren Gestaltung der Waldbröler Innenstadt sind immer noch nicht nachvollziehbar auf der Agenda von Bürgermeister Koester. Es entsteht der Eindruck, dass statt aktiv die Gestaltung unserer Stadt in die Hand zu nehmen, sie von seinem Büro aus lediglich verwaltet wird.

# Mehr Bürgerbeteiligung!

von Anne Pampus

Die SPD-Waldbröl fordert eine Bürgerbeteiligung an den Entscheidungsprozessen. Hierfür müssen Qualitätsanforderungen und Leitlinien entwickelt werden, um eine Bürgerbeteiligung als Handlungsprinzip in der Kommunalverwaltung zu etablieren.

Mit dem Planungsworkshop „Stadtkinder“ ist das bereits beispielhaft gelungen. Mit der Entwicklung des Merkurareals und Gestaltung der Kaiserstraße MUSS das unter Beteiligung aller Waldbrölerinnen und Waldbröler wieder gelingen.

Im Rahmen des IEHK finden in Waldbröl seit Jahren massive Umbaumaßnahmen statt. Aus Sicht der SPD Waldbröl müssen die Bürgerinnen und Bürger in diese Prozesse noch stärker eingebunden werden. Hieraus leitet sich die Forderung ab, dass Baumaßnahmen auf dem Gebiet der Stadt – ob durch die Stadt selbst oder beispielsweise durch den Oberbergischen Kreis – stärker in den Fokus der Bürgerinnen und Bürger gerückt werden sollen.

Als ersten Schritt streben wir eine dauerhafte Veröffentlichung der entsprechenden Unterlagen auf der Website der Stadt Waldbröl an. Hierbei sollte eine eigene hervorgehobene Seite „Baumaßnahmen“ erstellt werden, wo die Unterlagen der einzelnen Baumaßnahmen langfristig für interessierte Dritte einzusehen sind.

Im zweiten Schritt soll – natürlich auch im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen und der Information mit Hilfe der neuen Medien - die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden. Hierbei sind nicht nur die direkt betroffenen Einwohner zu informieren, sondern alle in Waldbröl lebenden Menschen. Diese öffentlichen Veranstaltungen sind nicht nur als reine Informationsveranstaltungen zu konzipieren, sondern als „Workshops“, welche es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, aktiv an der Gestaltung der Maßnahmen teil zu haben.

Im weiteren Verfahren soll eine „offene“ Plattform entwickelt werden, in welcher Vorschläge,

Lob und Kritik durch die Bürgerinnen und Bürger unkompliziert gegenüber der Kommune geäußert werden können.

## Ein moderner Bildungscampus für Waldbröl

von Michael Jaeger



**Der Digitalpakt der Bundesregierung stellt zur digitalen Modernisierung der Schulen insgesamt fünf Milliarden € zur Verfügung. Was könnte man in Waldbröl mit diesen Geldern anfangen? Gibt es ein Konzept, das technische**

**Neuerung mit innovativer Schulgestaltung verbindet?**

Hollenberg-Gymnasium und Gesamtschule haben als Ergebnis einer schulinternen Diskussion eine Planung vorgelegt, die den Umbau des bisherigen Lehrerzimmers der auslaufenden Hauptschule in ein modernes Lernzentrum für die Schülerinnen und Schüler nicht nur der beiden Oberstufen vorsieht. Es müsste ausgestattet werden mit schnellem Internet, aktuellen Lernplattformen verschiedener Schulbuchverlage und einer cloudfähigen Vernetzung der Tablets und Rechner.

In einem solchen Selbstlernzentrum, das genau am Schnittpunkt der beiden Schulen liegt, können die Schülerinnen und Schüler an Tablets, Laptops und PCs arbeiten, Referate gemeinsam erarbeiten und im Internet recherchieren. Sie können Lernplattformen wie Fronter und Lernsoftware nutzen und Bücher und Zeitschriften lesen oder entleihen sowie DVDs und CDs ausleihen.



Zukunftsmusik? Wohl kaum. Technik und Konzept eines Selbstlernzentrums sind heute schon Standard in den Schulen vieler Städte und Gemeinden oder, wie im Fall von Nachbar Nümbrecht, in konkreter Planung. Nur in Waldbröl eben noch nicht. Die SPD wird darauf achten, dass nach der kürzlichen Beendigung des Förderalismusstreits die von der Bundesregierung geplanten Gelder des Digitalpaktes endlich auch in Waldbröl in ein zielgerichtetes Konzept eingebunden werden. Dann kann man mit ca. 800.000 € für beide Schulen rechnen. Und davon könnte ein erklecklicher Teil in dieses gemeinsame Projekt eines Bildungscampus beider Schulen fließen. Wenn nicht jetzt, wann dann bietet sich für Waldbröl die Möglichkeit, den Schulstandort der Schulstadt Waldbröl so aufzuwerten?

## Königsbornpark – Waldbröls grüne Lunge muss dauerhaft erhalten bleiben

von Frank Marmor

**Die zeitlich begrenzte unter Schutzstellung der Saatkrähenkolonie im Königsbornpark bedeutet keinen dauerhaften Erhalt von Waldbröls grüner Lunge. Dies kann nur durch einen Kauf des Parkgeländes durch die Stadt Waldbröl geschehen. Die Stadt Waldbröl sollte umgehend mit dem jetzigen Eigentümer, der Klinikum Oberberg GmbH, Gespräche aufnehmen, mit dem Ziel, das Parkgelände zu übernehmen.**



Die geplante Unterschutzstellung sichert nur einen Teil des Parkgeländes und ist ursächlich auf die Erhaltung der Saatkrähenkolonie ausgerichtet. Die Entwicklung der Kolonie wird weiter beobachtet und es steht zu befürchten, dass sich die Kolonie weiter verkleinert oder sich gar gänzlich auflöst.

Wer erinnert sich noch an den schönen Erholungswert des Königsbornparks mit Minigolfplatz,

Spielgelegenheiten und Ruheinseln? Der jetzige Zustand ist davon leider weit entfernt.



Der jüngste Kahlschnitt des Buschwerks zeigt dies schonungslos. Kranke und vom Sturm gefällte Bäume wurden entfernt, aber es wird nicht für eine Neupflanzung gesorgt. Mehr und mehr verliert der Park seinen Naherholungswert für die Waldbröler Bürger und deren Besucher. (Das nahegelegene EIAB hatte 2018 fast 17.000 Übernachtungen mit 4.600 Personen aus 35 Ländern - Quelle EIAB). Dabei ist gerade in jüngster Zeit durch diverse Baumaßnahmen, den Trockensommer 2018, aber auch durch private Fällungen der alte Baumbestand in Waldbröl deutlich geschrumpft.

Eine Krankenhausgesellschaft ist nicht der richtige Eigentümer zur Pflege und Unterhaltung eines „städtischen“ Parkgeländes. Die Versuche, Teile des Parkgeländes an Investoren zur Wohnbebauung zu verkaufen, sind aus dieser Sicht nur verständlich. Nach Bürgerprotesten kann das Bauamt der Stadt versuchen, einen Bebauungsplan NULL aufzustellen, dies ist rechtlich jedoch fraglich. Denn ein Bebauungsplan NULL, aufgestellt um eine Bebauung zu verhindern, liegt in einer rechtlichen Grauzone. Deshalb bleibt eine Unsicherheit, ob dieser Plan eine dauerhafte Gültigkeit behalten kann.

Wir setzen uns weiterhin für ein lebenswertes Waldbröl ein, der Königsbornpark muss dauerhaft erhalten bleiben und daher städtisch werden!

**Impressum:**

**SPD-Waldbröl, [info@spd-waldbroel.de](mailto:info@spd-waldbroel.de)**

**Lohheide 7, 51545 Waldbröl**

**v.i.S.d.P. Jürgen Hennlein**

**Fotos: SPD-Waldbröl, Stadt Gummersbach, Bund der Steuerzahler**

[www.spd-waldbroel.de](http://www.spd-waldbroel.de)

